

Bedeutungslosigkeit verurteilt, wenn auf ihm nicht die gegensätzlichen Richtungen voll vertreten sein würden. Dazu Maier: Wie immer eine solche Veranstaltung strukturiert sei, sie werde auf keinen Fall über solche fundamentalen Meinungsverschiedenheiten „autoritative Entscheidungen fällen können“. Deswegen müsse von vorneherein klargestellt werden, daß dem Unternehmen *keine besondere Verbindlichkeit oder Autorität* zukomme. Zudem werde es „darauf ankommen, daß kirchliches Sprechen nicht einseitig politisch in Anspruch genommen, aber auch, daß die Zuständigkeit verantwortlicher politischer Gremien gesehen wird“.

Man muß sich die Zweifel und Befürchtungen, die Maier äußert, nicht im einzelnen zu eigen machen, aber ein deutliches Wort von katholischer Seite zum Friedenskonzilsplan war überfällig.

Von einer ungesunden Entgrenzung von Begriffen, wie sie für viele gegenwärtige kirchliche und auch politische Diskussionen typisch ist – die Verwendung des Ausdrucks Konzil für eine Sache, die weder im katholischen noch im ökumenischen Sinn je zu einem wirklichen Konzil werden kann –, einmal abgesehen, ist zu fragen, wie die christlichen Kirchen und Gemeinschaften insgesamt überhaupt in die Lage versetzt werden sollen, innerhalb einer bemessbaren Zeit ein solches Konzil durchführen zu können. Überdies gerät der Plan leicht in Gefahr, zum Alibi zu werden. Man kann von Streitigkeiten zur Friedensfrage in Landeskirchen und Gemeinden ablenken, indem man die Sache auf eine höhere Ebene hebt. Oder er wird zum Vehikel auch für Kirchengemeinden, die sich so weniger mit den unmittelbar drängenden und mehr gedankliche und praktische Anstrengung abverlangenden pastoralen und gesellschaftlichen Fragen beschäftigen müssen. So sehr eine eigene gemeinsame Anstrengung um den Frieden der Kirchen gut ansteht, deren Aufgabe liegt doch weniger in der Proklamation politischer Ziele als in einer durchaus auch in die Politik hineinreichenden pastoralen Erziehungsarbeit zum

Frieden. Die Zeichenhaftigkeit, die man dem Konzil zuschreibt, läßt sich auch mit dem Gebetstag für den Frieden in Assisi erreichen. Vermutlich ist diese Initiative ohnehin als leichter zu verwirklichender Ersatz für die gutgemeinte, aber letztlich unrealistische Konzilsidee gedacht. se

## Seltsame Sorgen

*Richtiges und Unrichtiges über die Zagreber „Theologische Gesellschaft“*

Vor einigen Wochen (18. 3. 86) brachte die FAZ einen längeren Beitrag über die „Theologische Gesellschaft“ in Zagreb und deren Verlags- und Dokumentationszentrum „*Christliche Gegenwart*“ (*Kršćanska Sadašnjost*). Einer der Herausgeber der Zeitung, früher einmal Korrespondent in Belgrad, beschuldigte darin die Verantwortlichen des Zentrums und der Theologischen Gesellschaft, sie machten sich nicht nur selbständig gegenüber der kirchlichen Führung und würden zu einem Teil des sozialistischen Systems Jugoslawiens („Priester auf sozialistischem Pfad“), sondern mehr oder weniger zu einem Anhängsel der Partei.

Die FAZ hat sich nicht zum erstenmal der Zagreber Theologischen Gesellschaft angenommen. Im Februar 1983 und im Februar 1985 erschienen vom gleichen Mitherausgeber Artikel mit gleicher Tendenz. „*Kršćanska Sadašnjost*“ gehört zu den Unternehmen, die vor allem über den Europäischen Hilfsfonds in Wien von der Deutschen und von der Österreichischen Bischofskonferenz unterstützt wird. Ein kommunistenfreundlicher oder gar kommunistennaher politisierter Theologenverein, der zudem noch die Zagreber Theologische Fakultät „beherrscht“, muß Bischöfen und Kirchensteuerzahlern besonders in der Bundesrepublik als etwas ganz und gar Suspektes vorkommen.

Um was handelt es sich bei der „*Christlichen Gegenwart*“ und der Theologischen Gesellschaft als deren

Träger? Zunächst um ein Informations- und Verlagszentrum, das bereits 1968 von dem damaligen Erzbischof von Zagreb und späteren Präfekten der Glaubenskongregation Kardinal *Franjo Šeper* bzw. mit dessen Zustimmung als kirchliches privates Unternehmen gegründet wurde. 1977 wurde dann aus steuerlichen Gründen und um die wirtschaftliche Basis für die Erweiterung des Zentrums, vor allem seiner Verlagstätigkeit, schaffen zu können, die Theologische Gesellschaft als Verein nach staatlichem Recht gegründet und das Zentrum in ein Unternehmen des gesellschaftlichen Sektors (der „sozialistischen Selbstverwaltung“) umgewandelt.

1982 kam ein neues (kroatisches) Gesetz über die Selbstverwaltungswirtschaft heraus. Die Theologische Gesellschaft mußte als bürgerliche Vereinigung im Rahmen des neuen Gesetzes um *neuerliche Registrierung* ersuchen. Dem Gesuch ist erst an Weihnachten 1985, wenige Tage vor Ablauf der gesetzlichen Frist, stattgegeben worden. Dabei ging es entgegen der Feststellung der FAZ nicht um einen weiteren Schritt zur Inkorporierung in das jugoslawische kommunistische System, und schon gar nicht um einen qualitativen Sprung der Theologengesellschaft in Richtung sozialistischer Überzeugungen, sondern um die Sicherung der Weiterexistenz von „*Kršćanska Sadašnjost*“ als Verlagsunternehmen.

Richtig ist, daß die Theologische Gesellschaft und ihr Verlagszentrum spätestens seit der Begründung als Selbstverwaltungsunternehmen bei der jugoslawischen, vor allem der kroatischen Hierarchie und bei Teilen des Klerus umstritten ist. Es bestehen Zweifel, ob man es sich kirchlich leisten könne, ein solches Unternehmen im Rahmen der jugoslawischen Selbstverwaltungswirtschaft anzusiedeln. Und einzelne Bischöfe scheint auch heute noch die Sorge umzutreiben, ob die Theologengesellschaft mit ihrem Verlagszentrum und dessen nicht nur für Kroatien und Gesamtjugoslawien kirchlich sehr hilfreichen Arbeit sich gegenüber der Hierarchie nicht zu sehr verselbständige.

Zu einem offenen Konflikt kam es 1982 nach dem Erscheinen von „*Quidam episcopi*“. Auf Betreiben einzelner Bischöfe (es waren vor allem die Bischöfe von Split und Mostar) erklärte sich die Bischofskonferenz gegen die Gesellschaft (vgl. HK, Februar 1983, 57f.). Die Erklärung wurde aber in den meisten Diözesen nie angewandt, vor allem nicht in Zagreb selbst. Der Nuntius in Belgrad hat die Gesellschaft immer gestützt, Kardinal *Kuharić* in den entscheidenden Momenten und Sachverhalten ebenfalls. Gewisse, vor allem mit der Ostpriesterhilfe Werenfried van Straatens verbundene Persönlichkeiten in der Kleruskongregation und der Erzbischof von Split, *Frane Franić*, scheinen auch heute noch anderer Meinung zu sein. Ansonsten sind sich wohl alle Beteiligten einig, daß die Theologische Gesellschaft nicht unter das Verbot „*Quidam episcopi*“ fällt. Nicht nur, weil sie im strengen Sinn keine Priestervereinigung ist, sondern vor allem, weil es sich nicht um eine Vereinigung „zu politischen Zwecken“ oder „mit gewerkschaftlichem Charakter“ handelt (zu „*Quidam episcopi*“ vgl. HK, April 1982, 161 f.).

Die Gesellschaft mit ihrem Zentrum dient allein der *kirchlich-theologischen Publizistik*, von der verlegerischen und publizistischen Arbeit her ist das Zentrum auch bei seinen Gegnern anerkannt. Die wirklichen Einwände beziehen sich neben persönlichen Eifersüchteleien auf die theologische Ausrichtung der Gesellschaft, die aus Zagreber Sicht progressiv ist, nach nachkonziliaren gesamtkirchlichen Maßstäben aber zur vorsichtig offenen Mitte gehört.

Als erster Versuch, in einem sozialistischen Lande im Rahmen der dortigen Vereins- und Wirtschaftsgesetzgebung für kirchliche Belange einen Verein zu gründen und einen Verlag zu führen, ist das nicht ohne Risiko. Aber niemand möchte das Zentrum heute mehr missen. Die meisten bestehenden Schwierigkeiten könnten vermutlich durch unpräventioseres Aufeinanderzugehen behoben werden. Heimliche Kommunisten sind die Verantwortlichen der Gesellschaft je-

denfalls nicht. Westliche Journalisten verkennen je nach ideologischem Standort nur hin und wieder, daß Christen (auch Theologen) in kommunistischen Ländern nicht nur den Kommunismus abweisen, sondern mit ihm leben müssen. <sup>se</sup>

## Entkrampfung

### *Holländische Protestanten im Vatikan*

Fast ein Jahr nach seinem facettenreichen Besuch in den Benelux-Ländern (vgl. HK, Juni 1985, 260–264) empfing *Johannes Paul II.* eine Gruppe leitender Persönlichkeiten der beiden großen reformierten Kirchen und der kleinen lutherischen Kirche in den Niederlanden. Der Papstaudienz vom 21. März waren mehrtägige intensive Gespräche der niederländischen Protestanten mit dem *vatikanischen Einheitssekretariat* vorausgegangen. Auf der Tagesordnung standen vor allem die Themen, die der reformierte Synodalpräsident *Huting* bei der ökumenischen Begegnung mit dem Papst in Utrecht angesprochen hatte: *Huting* hatte damals an die katholische Kirche appelliert, zusammen mit den protestantischen Kirchen nach Wegen für eine bessere kirchliche Beheimatung der konfessionsverschiedenen Ehepaare zu suchen, gegenseitige eucharistische Gastfreundschaft in bestimmten Fällen zu ermöglichen und die Stellung der Frau in der Kirche aufzuwerten.

Daß diese protestantischen Desiderate auf Grund des katholischen Verständnisses von Kirche, kirchlicher Einheit und Tradition gegenwärtig nicht im gewünschten Umfang eingelöst werden können, hatte *Johannes Paul II.* schon in seiner Utrechter Ansprache deutlich gemacht. Auch bei der Audienz für die niederländische Delegation ließ er in dieser Hinsicht keinen Zweifel: Pastorale Probleme könnten nicht vollständig gelöst werden, solange nicht die ihnen zugrundeliegenden Glaubensunterschiede aufgearbeitet seien; die Frage der eu-

charistischen Gastfreundschaft könne nicht isoliert vom katholischen Verständnis des Geheimnisses der Kirche und des kirchlichen Amtes betrachtet werden.

War es in Utrecht schon wegen der Kürze der Zeit beim bloßen Nebeneinander der Standpunkte geblieben, so kam es bei den Gesprächen in Rom jetzt zu einem *fruchtbaren und ehrlichen Gedankenaustausch*. Die niederländischen Protestanten zeigten sich erfreut über die Offenheit und Ernsthaftigkeit, mit der ihre Anliegen und Gesichtspunkte im Einheitssekretariat aufgenommen wurden. Man habe bei den Gesprächen gelernt, so einer der niederländischen Teilnehmer, sorgfältiger miteinander umzugehen.

Die *Klimaverbesserung* zwischen den niederländischen Protestanten und dem Vatikan, die allgemein als Hauptergebnis des Treffens genannt wurde, ist nicht gering zu schätzen. Schließlich war nach der ökumenischen Begegnung beim Papstbesuch auf protestantischer Seite sehr viel Enttäuschung spürbar gewesen. Dazu kamen die Irritationen, die sich für die protestantischen Kirchen der Niederlande durch die römischen Eingriffe in die katholische Kirche ihres Landes und die damit teilweise verbundenen Kurskorrekturen ergaben. In welcher Form die Anstöße aus den Gesprächen mit dem Einheitssekretariat in den Niederlanden aufgegriffen werden, ist derzeit noch offen. Man wird vermutlich eine evangelisch-katholische Kommission bilden, die Themenvorschläge für weitere Gespräche zwischen den Kirchen ausarbeiten soll.

Eines hat das Treffen im Vatikan gezeigt: Die pastorale Zusammenarbeit zwischen Katholiken und Protestanten – sie ist in den Niederlanden besonders weit gediehen – stößt inzwischen an Grenzen, die nur durch die weitere Aufarbeitung der kirchentrennenden Differenzen überwunden werden können. Nicht umsonst hat sich die nach dem Papstbesuch in der Bundesrepublik gebildete Gemeinsame Ökumenische Kommission mit den gegenseitigen Verwerfungen des 16. Jahrhunderts beschäftigt. <sup>ru</sup>